

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 17 (1937-1938)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Die österreichische Tragödie  
**Autor:** Müller, Kurt  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-333142>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die österreichische Tragödie

Von Kurt Müller.

In den Tagen vom 10. bis zum 13. März haben sich in Oesterreich die Ereignisse überstürzt. Durch ein am 13. März sowohl von der österreichischen »Regierung« als auch von der deutschen Reichsregierung verkündetes Gesetz wurde Oesterreich zu einem Lande des Deutschen Reichs. Mit diesem von der österreichischen Regierung erlassenen und von der Reichsregierung sanktionierten Gesetz hat Oesterreich auf die eigenstaatliche Existenz verzichtet und den Anschluß an das Dritte Reich vollzogen.

Trotzdem die Welt, wenn nicht schon früher, so zumindest doch seit dem für Schuschnigg so »harten Tag« von Berchtesgaden auf die Ereignisse vorbereitet sein konnte, wurde sie durch diese überrascht, wobei die Ueberraschung um so größer war, als die Welt nur allzu gerne den manhaften Worten Glauben schenkte, mit welchen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg die Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit versprochen hatte. So wie man im Jahre 1933, als Dollfuß seinen angeblichen Kampf gegen den Nationalsozialismus und für die Unabhängigkeit Oesterreichs eröffnete, diesen Kampf mit Sympathien begleitet hat, so war man nun auch geneigt, die Sympathien auf Schuschnigg zu übertragen und in diesem den entschlossenen Mann zur Rettung der österreichischen Unabhängigkeit zu sehen. Man übernahm und übersieht es in bestimmten Kreisen auch heute noch, daß die Lage, in der sich Oesterreich befand, doch vor allem eine Folge jener unglückseligen Politik war, die von Dollfuß eingeleitet und allen Warnungen zum Trotz von Herrn Schuschnigg getreulich fortgesetzt wurde. Von der Hirtenberger Waffenaffäre, die es zum erstenmal offenkundig machte, daß sich Oesterreich in die Gefolgschaft Italiens begeben hatte, von der Ausschaltung des österreichischen Parlaments im März 1933, über die Verfassungsbrüche des Herrn Dollfuß, führte ein gerader Weg zu den blutigen Ereignissen im Februar 1934. Wenn dann auch in der Folge unter der Kanzlerschaft Schuschniggs der Zickzackkurs der österreichischen Regierung den Anschein erweckte, als würde die Innen- und Außenpolitik des Landes eine Aenderung erfahren, so erwiesen sich die daran geknüpften Hoffnungen immer sehr rasch als irrig.

Schuschnigg hat Dollfuß' Weg stets weiter verfolgt. Er erkannte nicht, daß mit der brutalen Zerschlagung der großen und starken sozialistischen Arbeiterbewegung der wirksamste Damm zur Rettung vor der nationalsozialistischen Gefahr zerstört worden war. Statt begangenes Unrecht wieder gutzumachen und dem staatstreuen Teil des Volkes durch einen kühnen Entschluß die in arger Verblendung genommene Freiheit wiederzugeben, hat er immer wieder mit offenen und getarnten nationalsozialistischen Hochverrätern verhandelt. So wie Dollfuß, hoffte auch Schuschnigg, daß es ihm doch noch gelingen werde, durch eine sehr weitgehende Tolerierung der zwar verbotenen,

doch in der Oeffentlichkeit sehr lebendig auftretenden nationalsozialistischen Bewegung diese für sein Regierungssystem zu gewinnen. Es war nicht schwer, vorauszusehen, daß eine solche Politik nur zur Stärkung dieser Bewegung führen werde, und wenn Schuschnigg im engeren Kreise seine schwächliche Haltung gegenüber den österreichischen Nazi mit wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs an Deutschland, mit dem Fremdenverkehr, dem Holzexport u. ä. begründete, so hätte er doch erkennen müssen, daß alle wirtschaftlichen Zugeständnisse des Dritten Reiches — die Oesterreich doch immer wieder nur um den Preis politischer und wirtschaftlicher Gegenzugeständnisse erhalten konnte — in keinem Einklang standen zu jener Gefahr, die sich aus der Erstarkung der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich selbst ergab.

Die fortgesetzte Duldungspolitik gegenüber den Nazi hat selbst in der Vaterländischen Front Unzufriedenheit erregt, ein Gefühl der Unsicherheit geschaffen und sowohl bei den öffentlichen Beamten als auch innerhalb der staatlichen Exekutive mehr und mehr zersetzend gewirkt.

Gewiß hat Schuschnigg während seiner Regierungszeit nicht nur die Nazi, sondern auch die Arbeiter mit freundlichen Worten zur Mitarbeit eingeladen. Doch die von seiner Regierung gesetzten Taten standen nicht im Einklang zu seinen Worten. So tolerant er gegen den Nazi sein konnte, so hart konnte seine Exekutive und konnten seine Gerichte sein, wenn es sich um die Aburteilung irgendeines illegalen sozialistischen Kämpfers handelte. Schuschnigg selbst war bis in die letzten Tage seiner Herrschaft nie bereit, an die Arbeiter auch nur eine tatsächliche Konzession zu machen. Unter dem klerikofaschistischen Regime hat sich das Lohneinkommen der Arbeiter um ein Drittel verringert, die Sozialgesetze wurden verschlechtert, Zehntausende von Arbeitslosen vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Während die direkten Steuern, die Steuern der Reichen, ermäßigt wurden, hat das Regime die indirekten Steuern, die Zölle und Verbrauchsabgaben immer wieder erhöht. Das autoritäre Regime hat alles getan, um den Kapitalisten ihre Profite zu sichern und zu erhöhen. Trotz allen schönen Worten, die Schuschnigg wiederholt an die Arbeiter richtete, verweigerte er den Arbeitern selbst das primitive Recht auf Selbstbestimmung innerhalb ihrer ureigensten Organisation, innerhalb der von seinem Regime dekretierten Gewerkschaften.

Was Schuschnigg mit seiner Einladung an die Arbeiter zur Mitarbeit wollte, hatte nicht den Sinn eines Entgegenkommens an die Arbeiter, seine Einladungen entsprangen nur der Schwäche seines Regimes. Durch die Eingliederung der Arbeiter in die Vaterländische Front hoffte er den Kampf der sozialistischen Illegalen zu liquidieren; er hoffte vor allem, damit die große, nach Hunderttausenden zählende Masse, die ihrer sozialdemokratischen Gesinnung treu geblieben war und passiv abseits stand, zur Stärkung der Plattform seines Regimes zu gewinnen. Schuschnigg erkannte nicht, daß ohne wirkliche Konzessionen an das Denken und an die Lebensnotwendigkeiten der Ar-

beiter er höchstens ein paar Ueberläufer, einige Schwächlinge, niemals aber die in den einstigen sozialdemokratischen Organisationen geschulten und disziplinierten Arbeitermassen gewinnen werde. So wie Schuschnigg auf innerpolitischem Gebiete den Dollfuß-Kurs getreulich fortgeführt hat, so hat er auch auf außenpolitischem Gebiete die Politik Dollfuß' nur allzu getreu, zum Schaden Oesterreichs und zum Nachteil des Friedens in Europa, fortgesetzt.

Auch außenpolitisch erkannte er nicht, daß die Annäherung Oesterreichs an das faschistische Italien Oesterreich in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht hatte. Trotz dem Treuebruch Italiens im Jahre 1915 baute er auf Mussolinis Worte. Italien war in den Augen Schuschniggs der Garant für die österreichische Unabhängigkeit. Schuschnigg wollte nicht erkennen, daß das Vasallenverhältnis zu Italien Oesterreich zu einem sehr wertvollen *Handelsobjekt* für die Gewinnung der deutschen Freundschaft für Italien gemacht hatte. Schuschnigg hat alle ihm von Prag aus geschlagenen Brücken zur langsam Umstellung seiner Außenpolitik ungenutzt gelassen. Er selbst wurde zum Brückenbauer zwischen Rom und Berlin, und unter seiner Beihilfe wurde die Achse Rom-Berlin geschmiedet.

Wie sehr jene recht hatten, die immer wieder voraussagten, daß der Tag komme, an dem Mussolini die österreichische Unabhängigkeit opfern und sie für die Freundschaft des wirtschaftlich und militärisch viel stärkeren Deutschland eintauschen werde, das hat die jüngste Vergangenheit erwiesen. Wenn Herr Schuschnigg, trotz der bekannten Vertragstreue Adolf Hitlers, sich der Meinung hingab, daß durch seine Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich vom 11. Juli 1936 die Unabhängigkeit Oesterreichs anerkannt sei und er gestützt auf diese Vereinbarungen den österreichischen Nationalsozialismus als eine interne, rein innere Angelegenheit Oesterreichs behandeln könne, so hat er sich damit nicht nur getäuscht, sondern er trägt auch selbst einen sehr großen Teil der Schuld daran, daß er den »harten Tag« vom 12. Februar auf Obersalzberg über sich ergehen lassen mußte.

Ob es richtig ist, wie man sich später in Oesterreich erzählte, daß Schuschnigg bei seiner Ankunft auf Obersalzberg in ein Vorzimmer geführt wurde, wobei er sich einigen ausgebürgerten österreichischen Nazi gegenüber sah, die ihn mit harten Worten attackierten, oder ob dieser angebliche Vorfall in das Reich der Legendenbildung gehört, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist jedoch, daß der Empfang des österreichischen Bundeskanzlers sich nicht in den sonst unter Staatsmännern üblichen Formen abwickelte, und sicher ist auch, daß die Verhandlungen zwischen Hitler und Schuschnigg von Anbeginn an den Charakter ultimativer Drohungen hatten. Schuschnigg wurde beschuldigt, seine Versprechungen, die er beim Abschluß des Vertrages vom 11. Juli 1936 der deutschen Regierung gemacht hätte, nicht gehalten zu haben. Hitler werde gezwungen sein, öffentlich zu erklären, daß Oesterreich diesen Vertrag gebrochen habe, und daß sich daher auch die deutsche Regierung durch den Vertrag nicht mehr gebunden fühle. Eine solche Erklärung würde von den österreichischen Nationalsozia-

listen als Signal zu einem neuen rücksichtslosen Kampfe gegen die österreichische Regierung angesehen werden, und wenn es infolgedessen zu schweren Verfolgungen oder gar zu blutigen Zusammenstößen in Oesterreich kommen sollte, so werde Deutschland nicht untätig zusehen können. Für das nationalsozialistische Deutschland sei es unerträglich, zuzusehen, daß deutsche Volksgenossen nur deshalb, weil sie sich dem nationalsozialistischen Deutschland eng verbunden fühlen, als Bürger minderen Rechtes betrachtet und verfolgt würden.

Unter dem Eindruck dieser Drohung, die Schuschnigg um so weniger mißverstehen konnte, als auch die Führer der deutschen Wehrmacht auf dem Landsitz Hitlers anwesend waren, hat Schuschnigg kapituliert. Er ahnte nicht, wie rasch dieser Kapitulation eine andere folgen werde.

Daß Schuschnigg gewillt war, die gegenüber Hitler übernommenen, wenn auch mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbaren Verpflichtungen restlos zu erfüllen, hat er sofort nach seiner Rückkehr in die Bundeshauptstadt durch die Tat bewiesen. Den Forderungen Hitlers entsprechend, wurde die österreichische Regierung umgebildet, Herr Seyß-Inquart, der Vertrauensmann Hitlers, wurde Innenminister, dem Ministerium des Innern wurde das bis dahin getrennt geführte Sicherheitsressort angegliedert, wodurch die oberste Befehlsgewalt über die Polizei und die Gendarmerie dem Naziminister übertragen wurde. Auch die von Hitler geforderte Generalamnestie wurde erlassen, und obwohl in Hitlers Rede vom 20. Februar die erwartete feierliche Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs ausblieb und Hitler auch keine Aufforderungen an die österreichischen Nazi zur Einstellung ihrer illegalen Tätigkeit erließ, blieb Schuschnigg seinem Vorsatz treu. In seiner Rede vom 24. Februar verpflichtete er sich vor aller Welt zur restlosen Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen. Das volkswirtschaftliche Referat der Vaterländischen Front wurde zum legalen Organisationszentrum der nationalsozialistischen Bewegung, die Straße für nationalsozialistische Demonstrationen freigegeben, das Tragen des Hakenkreuzes, das Hissen von Hakenkreuzfahnen toleriert und die Landeshauptleute angewiesen, mit den Nazi über ihren Eintritt in die Landesregierungen, in die Gemeinderäte und in alle andern öffentlichen Körperschaften zu verhandeln.

Schuschnigg hoffte immer noch, daß sich die österreichischen Nazi in die Vaterländische Front zu einer legalen Mitarbeit auf dem Boden der christlich-ständischen Verfassung einreihen würden. Erst als das Chaos in den österreichischen Städten unhaltbare Formen annahm und selbst Schuschnigg erkennen mußte, daß die Nationalsozialisten aufs Ganze gehen würden, entschloß sich Schuschnigg zu einer Tat. Er erinnerte sich der Entrüstung, die seine Abmachungen von Berchtesgaden beim Volke ausgelöst hatten, er erinnerte sich an die spontanen Proteststreiks der Arbeiter, an ihren Willen zur Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit und an die Kundgebungen der Bauern, die gleichfalls ihren Willen zur Verteidigung der Unabhängigkeit des

Landes bekundet hatten. Er, der in seiner Kanzlerschaft jede freie Meinungsfreiheit immer unterdrückt und verfolgt hatte, flüchtete plötzlich zurück zum Volke. Nach vierjährigem autoritärem Regime entsann sich Schuschnigg des demokratischen Mittels der Volksbefragung und war bereit, auch den Arbeitern die gleiche Bewegungsfreiheit wie den Nationalsozialisten einzuräumen. In einer am 9. März in Innsbruck gehaltenen Rede kündete Schuschnigg die Durchführung eines Plebiszits für den 13. März an. Das österreichische Volk, alle über 24 Jahre alten Männer und Frauen, sollte durch diese Volksabstimmung ein klares Bekenntnis für die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs ablegen.

Für die Kenner der Verhältnisse in Österreich, die wohl wußten, daß die nationalsozialistische Bewegung in Österreich trotz ihrem lauten Geschrei nur einen Bruchteil des Volkes umfaßte, konnte kein Zweifel bestehen, daß die Volksbefragung mit einem erdrückenden Mehr für das von Schuschnigg geforderte Bekenntnis enden werde. Das wußte auch Hitler. Hätte er das Gegenteil geglaubt, so hätte er es nicht notwendig gehabt, durch ein kurzfristiges Ultimatum und unter Androhung des Einmarsches deutscher Truppen in Österreich die Durchführung des Plebiszits zu verhindern und die Abdankung der Regierung Schuschniggs zu erzwingen. Ohne abzuwarten, ob Hitlers Drohungen auch die Tat folgen werde, ohne auch nur den Versuch eines ernsthaften Widerstandes zu wagen, hat Schuschnigg vor dem unerhörten, in der Geschichte der Völker beispiellos dastehenden Ultimatum des Dritten Reiches kapituliert. Er, der noch in seiner Rede vom 24. Februar mit leidenschaftlicher Entschlossenheit den Willen zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs vor aller Welt bekundete und für Österreich die Parole »Bis in den Tod Rot-Weiß-Rot« gelobt hatte, fand nicht den Mut und nicht die Kraft, seiner eigenen Parole zu folgen. Der schwächeren Kapitulation vom 12. Februar auf Obersalzberg ist siebenundzwanzig Tage später die widerstandslose und entehrnde Kapitulation des 11. März gefolgt.

Wenn Herr Schuschnigg in den Abendstunden des 11. März vor dem Mikrophon in seiner Abschiedsbotschaft an das österreichische Volk sagte, daß die österreichische Wehrmacht den Befehl erhalten habe, sich beim Einmarsch deutscher Truppen ohne Widerstand zurückzuziehen, weil man um keinen Preis deutsches Blut vergießen wolle, so darf wohl daran erinnert werden, daß der österreichische Klerikofaschismus nicht immer so gewissenhaft vor der Vergießung des deutschen Blutes zurückgescheut ist und daß es das Regime Dollfuß-Schuschnigg war, das in den Februartagen des Jahres 1934 viel deutsches Blut, das Blut Tausender österreichischer Arbeiter gefordert hat. Dieser Befehl an die Wehrmacht, diese widerstandslose Kapitulation mußte im österreichischen Volke den zweifellos vorhandenen Widerstandswillen unterdrücken. Die psychologische Wirkung dieser schwächeren Haltung der Regierung auf die staatstreuen Massen konnte nicht ausbleiben. Enttäuscht und seelisch zermürbt zogen sich diese zurück, sie überließen die Straße jenem Gesindel,

das den Einzug der braunen Tyrannei, den Einzug der deutschen Truppen und den Einzug Adolf Hitlers in würdelosester Art als einen Akt der Befreiung Oesterreichs bejubelten.

Daß es mit Oesterreich so weit kommen konnte, ist die Schuld der österreichischen Klerikalen. Es ist aber auch die Schuld der großen Demokratien des Westens. England und Frankreich haben alle Ursache, ihre Politik nach den nunmehr abgeschlossenen Ereignissen in Oesterreich zu überprüfen und sich der Auswirkungen dieser Politik bewußt zu werden. Das fortwährende Zurückweichen vor jeder Gewalttat Hitlers hat diesen geradezu zur Annexion Oesterreichs ermuntert. Deutschland ist durch diese Annexion mit einem Schlag zu einer Großmacht von 75 Millionen Einwohnern geworden. Das bedeutet für Hitler nicht nur einen ungeheuren Prestige- gewinn, sondern darüber hinaus auch einen Machtgewinn, den zu unterschätzen man wahrlich keine Ursache hat. Ernster als je ist die Tschechoslowakische Republik bedroht, Deutschland ist in den Besitz des Ausfalltores nach dem Osten gelangt, der Weg zu den Körn- kammern Ungarns und Rumäniens und zu den reichen Oelfeldern Rumäniens, die bei einem kommenden Krieg von ungeheurer Bedeutung sind, ist kürzer geworden. Schon hat die deutsche Kriegsrüstung durch die Eingliederung der österreichischen Produktion, besonders durch die Eingliederung der Kärntner und steirischen Erz- und Stahlindustrie, eine sehr wesentliche Erstarkung erfahren. Wer wollte daran zweifeln, daß Hitler nicht die letzten Reserven aus dem österreichischen Volke herausholen werde, um einige neue Armeekorps aufzustellen und um die militärische Kraft Deutschlands zu stärken.

Brauner Terror und brutale Gewalt herrschen nun über Oesterreich. Oesterreichs Schicksal ist besiegelt. Als Land des Deutschen Reiches wird es nun alle Segnungen der Gewaltherrschaft über sich ergehen lassen müssen. Hat es heute Erz und Stahl für die deutsche Kriegs- aufrüstung zu liefern, so wird es morgen, das heißt im kommenden Kriege des deutschen Imperialismus, auch das Blut seiner Söhne, das Blut der österreichischen Arbeiter, Bauern und Bürger zu opfern haben.

Mit der Entretung des österreichischen Volkes, mit der Beseiti- gung der demokratischen Freiheiten, mit der brutalen und blutigen Zerschlagung der sozialistischen Arbeiterbewegung und mit der Auf- richtung einer faschistischen Diktatur im Februar 1934 hat die öster- reichische Tragödie ihren Anfang genommen. Das Ende dieser Tragödie ist entsetzlich. Wehe der Welt, wehe der Menschheit, wenn sie daraus nicht die Folgerungen zieht.

---